

## Fragen

für die Fragestunde der 114. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 25. September 2019

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	48, 49	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 51	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 45
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	33, 34	Lehmann, Sven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Brandner, Stephan (AfD)	46, 47	Luksic, Oliver (FDP)	25, 26
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	57, 58	Müller-Böhm, Roman (FDP)	4
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 62	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 52
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Renner, Martina (DIE LINKE.)	1, 2
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28	Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	53, 54	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 41
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	43, 44	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	38, 39
Herbst, Torsten (FDP)	31	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Hocker, Gero Clemens, Dr. (FDP)	18, 42	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	61
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	13, 16	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 59
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	55, 56	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	32
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	14, 50	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	21, 22
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 63	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	10, 11
Kluckert, Daniela (FDP)	8, 9		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 60		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat .....	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie .....	18

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)  
Hat die Bundesregierung zwischenzeitlich Auskunft zu dem im Sommer 2016 an die US-Regierung versandten Fragenkatalog betreffend die gegen Edward Snowden in den USA erhobenen strafrechtlichen Vorwürfe erhalten (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12850, Seite 1425)?
2. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)  
Zu welchen Ergebnissen ist die nach Oktober 2016 innerhalb der Bundesregierung durchgeführte Ressortabstimmung (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12850, Seite 1425) zur Möglichkeit von Einreise und Aufenthalt für Edward Snowden bzw. eines Auslieferungsschutzes gekommen?
3. Abgeordneter  
**Stefan Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welchen Anlass sah die Bundesregierung für den jetzigen Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht, und warum wurde von einer Zentralisierung der Aufsicht, beispielsweise beim Bundesamt für Justiz, abgesehen, so wie es der Evaluationsbericht des Instituts für Finanzdienstleistungen e.V. (iff), der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und auch der Antrag „Unseriöses und überteuertes Inkasso eindämmen“ (Bundestagsdrucksache 19/6009) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert?
4. Abgeordneter  
**Roman Müller-Böhm**  
(FDP)  
Welche konkreten Gesetzesänderungen plant die Bundesregierung, um bestehende Rechtsunsicherheiten für Legal-Tech-Anbieter, wie zum Beispiel die Frage des Umfangs der Inkassolizenz ([www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/2019024.html](http://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/2019024.html)), zu beheben?
5. Abgeordneter  
**Christian Kühn (Tübingen)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wann plant die Bundesregierung, den im Koalitionsausschuss beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn ([www.spiegel.de/politik/deutschland/mietengrosse-koalition-beschliesst-neue-mietpreisbremse-a-1282522.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/mietengrosse-koalition-beschliesst-neue-mietpreisbremse-a-1282522.html)) auch im Bundeskabinett zu beschließen, und wann plant sie es Bundestag und Bundesrat vorzulegen?
6. Abgeordnete  
**Dr. Manuela Rottmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Ist nach Kenntnis der Bundesregierung das Personal – Vorsitz und übrige Senatsmitglieder – für den 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Leipzig (der im November 2018 mit dem Haushalt 2019 beschlossen wurde, aber noch nicht ein-

gerichtet ist) vorhanden, ausgewählt bzw. gewählt, und gibt es einen Zusammenhang zwischen dieser Frage und der räumlichen Unterbringung?

7. Abgeordnete  
**Dr. Manuela Rottmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesjustizministerin bekannt, dass die Schaffung neuer Strafvorschriften aufgrund des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes nur als letztes und nicht als erstes Mittel zur Durchsetzung gesellschaftlich gebotenen Verhaltens in Betracht kommt und bloßen Moralwidrigkeiten grundsätzlich nicht mit den Mitteln des Strafrechts entgegenwirkt werden sollte, und wenn ja, wieso forderte die Bundesjustizministerin in ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag zum Einzelplan 07 am 12. September 2019 (vgl. Plenarprotokoll 19/112) dann entgegen der vorgenannten, bislang vom BMJV, ihrem Hause, gegenüber dem Deutschen Bundestag vertretenen Auffassung (Stellungnahme vom 15. Oktober 2018, AZ: IIA2-4000II-25 414/2018) eine gesonderte Strafbarkeit für das derzeit u.a. als Ordnungswidrigkeit sanktionierte sogenannte Upskirting?
8. Abgeordnete  
**Daniela Kluckert**  
(FDP)
- Wie bewertet das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz die Marktsituation der Deutschen Telekom AG (Preis und Angebot) angesichts aktueller Entscheidungen der Bundesnetzagentur zum Breitbandausbau ([www.welt.de/wirtschaft/article187190390/Schnelles-Internet-Telekom-darf-Glasfaser-Anschlusse-der-Konkurrenz-drosseln.html?wtrid=onsite.onsitesearch](http://www.welt.de/wirtschaft/article187190390/Schnelles-Internet-Telekom-darf-Glasfaser-Anschlusse-der-Konkurrenz-drosseln.html?wtrid=onsite.onsitesearch))?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

9. Abgeordnete  
**Daniela Kluckert**  
(FDP)
- Inwieweit plant das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Grenzwerte für Asphaltdämpfe neu festzulegen?
10. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit die vier Wirtschaftsabteilungen mit dem höchsten monatlichen Medianentgelt (bitte das Medianentgelt jeweils mit angeben), und wie hoch ist dort jeweils der prozentuale Anteil der Beschäftigten, die zu einem Niedriglohn arbeiten, über alle Wirtschaftsabteilungen gesehen (bitte aufschlüsseln nach bundesweit, Westdeutschland, Ostdeutschland)?

11. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
**(Zwickau)**  
(DIE LINKE.)  
Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit die vier Wirtschaftsabteilungen mit dem niedrigsten monatlichen Medianentgelt (bitte das Medianentgelt jeweils mit angeben), und wie hoch ist dort jeweils der prozentuale Anteil der Beschäftigten, die zu einem Niedriglohn arbeiten, über alle Wirtschaftsabteilungen gesehen (bitte aufschlüsseln nach bundesweit, Westdeutschland, Ostdeutschland)?
12. Abgeordneter  
**Sven Lehmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Beabsichtigt die Bundesregierung, die Ergebnisse des Zukunftsdialoges „Neue Arbeit – Neue Sicherheit“ in den Bereichen der Grundsicherung, Weiterbildung sowie Entlastung unterer Einkommen noch im Herbst dieses Jahres dem Bundestag als Gesetzesinitiativen vorzulegen, und wenn nein, warum nicht?
13. Abgeordneter  
**Dr. Christoph Hoffmann**  
(FDP)  
Geht die Bundesregierung davon aus, dass der Einheitsbeitrag für die Alterssicherung der Landwirte aufgrund der sinkenden Anzahl der Betriebe und damit der Einzahler ([www.ihre-vorsorge.de/nachrichten/lesen/bauern-rente-verliert-an-bedeutung.html](http://www.ihre-vorsorge.de/nachrichten/lesen/bauern-rente-verliert-an-bedeutung.html)) künftig ansteigen wird, und plant die Bundesregierung eine Anbindung der Landwirte an die gesetzliche Rentenversicherung?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

14. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)  
Welche Angaben kann die Bundesregierung zu Einzelheiten des für den 12. November 2019 vor dem Reichstagsgebäude in Berlin geplanten öffentlichen Gelöbnisses und seines konkreten Ablaufes mitteilen ([www.bmvg.de/de/aktuelles/oeffentliches-geloebnis-100548](http://www.bmvg.de/de/aktuelles/oeffentliches-geloebnis-100548))?
15. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheitslage der stationierten deutschen Soldatinnen und Soldaten in Jordanien, Zentralirak und Nordirak aufgrund der aktuellen Ereignisse in Saudi-Arabien (vgl. u.a. [www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/saudi-arabien-drohnenangriff-raffinerie-oelfeld-eskalation-kriegsangst](http://www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/saudi-arabien-drohnenangriff-raffinerie-oelfeld-eskalation-kriegsangst)), und wird die Bundesregierung von der Einbringung eines Antrages zur Fortsetzung und Verlängerung des Mandats für den Einsatz der Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten absehen in Anbetracht der Sicherheitslage?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Ernährung und Landwirtschaft**

16. Abgeordneter  
**Dr. Christoph Hoffmann**  
(FDP)
- Wie beurteilt es die Bundesregierung, dass Süßkirschen aus der Türkei, die mit in Deutschland verbotenen Pflanzenschutzmitteln behandelt werden, in Deutschland verkauft werden dürfen ([www.gabot.de/ansicht/suesskirschen-diskussion-im-import-398280.html](http://www.gabot.de/ansicht/suesskirschen-diskussion-im-import-398280.html)), und plant die Bundesregierung ein Einfuhrverbot für solche Kirschen aus der Türkei?
17. Abgeordnete  
**Katharina Dröge**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass bei Verstößen gegen das Nachhaltigkeitskapitel durch die Vertragspartner des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens die im Abkommen vereinbarten Zollerleichterungen zurückgezogen werden, vor dem Hintergrund der Aussage der Bundesministerin Julia Klöckner, dass das Nachhaltigkeitskapitel verbindliche Regelungen enthalte und dass es keine Zollerleichterungen geben könne, wenn diese nicht eingehalten würden ([www.zeit.de/politik/deutschland/2019-08/julia-kloeckner-landwirtschaftsministerin-brasilien-amazonas-waldbraende-waldwirtschaftabkommen](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-08/julia-kloeckner-landwirtschaftsministerin-brasilien-amazonas-waldbraende-waldwirtschaftabkommen))?
18. Abgeordneter  
**Dr. Gero Clemens Hocker**  
(FDP)
- Plant die Bundeslandwirtschaftsministerin vor dem Hintergrund, dass die FDP-Fraktion vor einem Jahr einen Antrag zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit für Organisationen, die zum Gesetzesbruch aufrufen, eingebracht hat („Straftaten und Gemeinnützigkeit schließen sich aus“, Bundestagsdrucksache 19/2580) und die Bundesministerin erklärt hat, dass sie stattdessen beabsichtigt, einen eigenen Straftatbestand etwa für sogenannte Stalleinbrüche einzuführen, hierzu eine entsprechende Initiative, und wenn ja, wann ist damit zu rechnen ([www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/1209016/kloeckner-zu-peta-wir-brauchen-keine-selbsternannte-stallpolizei](http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/1209016/kloeckner-zu-peta-wir-brauchen-keine-selbsternannte-stallpolizei))<sup>1</sup>?

<sup>1</sup> Siehe hierzu auch Frage 42

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

19. Abgeordnete  
**Kordula Schulz-Asche**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die im Ersten Bericht des Unabhängigen Beirats veröffentlichte Handlungsempfehlung eines Familienpflegezeitgeldes umsetzen, und wie sieht der Zeitplan der Bundesregierung dazu aus?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Gesundheit**

20. Abgeordnete  
**Kordula Schulz-Asche**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Abteilungen, Unterabteilungen und Referate anderer Bundesministerien waren, wie aus der Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/13254 hervorgeht, an der Erarbeitung des Referentenentwurfs zum so genannten Reha- und Intensivpflege-Stärkungsgesetz beteiligt, und welche Ergebnisse hat die Beteiligung erwirkt?
21. Abgeordnete  
**Pia Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele der von der DRK-Schwesternschaft angebotenen bereitgestellten 4.000 Ausbildungsplätze können nach Kenntnis der Bundesregierung in Einrichtungen gemäß § 7 Absatz 1 des Pflegeberufgesetzes angeboten werden, die von der DRK-Schwesternschaft in Eigenregie betrieben werden und in denen sie nach den bisherigen Vorschriften des Pflegeberufgesetzes auch künftig ausbilden kann, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass eine Änderung des sogenannten DRK-Gesetzes im Zuge des Entwurfs eines Gesetzes zur Reform der Psychotherapeutenausbildung die Mitbestimmung bei der betrieblichen Berufsbildung absichert?
22. Abgeordnete  
**Pia Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung inzwischen Maßnahmen ergriffen, um die Datenlage der Veräußerungen von stationären Pflegeheimen an Beteiligungskapitalgesellschaften zu ermitteln (vgl. Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 71 bis 74 auf Bundestagsdrucksache 19/4734), und welche Erkenntnisse liegen ihr darüber vor, wie lange private Investoren erworbene stationäre Pflegeeinrichtungen halten (einschließlich Teilverkäufen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr  
und digitale Infrastruktur**

23. Abgeordneter  
**Stephan Kühn  
(Dresden)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen war Prof. Dr. Christian Hillgruber in den letzten zehn Jahren für das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gutachterlich tätig (bitte vollständig alle Gutachten mit Nennung von Gegenständen und Titeln der Gutachten auflisten) und auf welche Gesamthöhe beläuft sich die Vergütung dieser Gutachterleistungen?
24. Abgeordneter  
**Stephan Kühn  
(Dresden)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Richtlinie für die Prüfung um eine Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen (Prüfungsrichtlinie) so zu ändern, dass Fahranfängerinnen und Fahranfänger künftig nach einer erfolgreichen Automatikprüfung ohne eine erneute Fahrerlaubnisprüfung auch Schaltgetriebefahrzeuge fahren dürfen, und beabsichtigt die Bundesregierung, die Elektromobilität dahingehend zu fördern, dass mehr Elektroautos als Prüfungsfahrzeuge durch eine Änderung der Richtlinie für die Begutachtung von Personenkraftwagen auf ihre Eignung als Prüfungsfahrzeuge eingesetzt werden können?
25. Abgeordneter  
**Oliver Luksic  
(FDP)**
- Welche Chancen sieht die Bundesregierung für eine Realisierung der Nordumfahrung am nördlichen Stadtrand von Saarbrücken, bestehend aus den im Bundesverkehrswegeplan festgeschriebenen Verbindungen der A 623 an die A 1 und der A 623 an die A 620, auch im Hinblick auf die Stärkung des grenzübergreifenden Verkehrs zwischen Frankreich, Luxemburg und Deutschland über das Verkehrskreuz Saarbrücken?
26. Abgeordneter  
**Oliver Luksic  
(FDP)**
- Welche Kommunikation fand zwischen der Bundesregierung und den Betreibern der Pkw-Maut (autoTicket GmbH, CTS Eventim AG & Co. KGaA und Kapsch TrafficCom AG) beziehungsweise ihren jeweiligen Rechtsbeiständen seit dem 23. Juli 2019 statt, und wie begründet die Bundesregierung ihre Aussage, dass aus einer Kündigung allein aus ordnungspolitischen Gründen keine Entschädigungsansprüche entstehen ([www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Scheuer-Pkw-Maut-Betreiber-haben-keinen-Entschadigungsanspruch](http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Scheuer-Pkw-Maut-Betreiber-haben-keinen-Entschadigungsanspruch))?
27. Abgeordneter  
**Stefan Gelbhaar  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**
- Welches sind die konkreten Gesetzesänderungen bzw. Änderungen in Verordnungen, die die Bundesregierung hinsichtlich der Parkraumbewirtschaftung laut Ankündigung von Verkehrsminister Andreas Scheuer plant (vgl. die

Sendung Anne Will vom 15. September 2019, Minute 29:57), und wie sieht der Zeitplan für diese Gesetzesänderungen innerhalb der Bundesregierung aus (bitte geplante Änderungen samt Einzelnormen aufschlüsseln und Zeitplan skizzieren)?

28. Abgeordneter  
**Stefan Gelbhaar**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung eine eindeutige Regelung bezüglich der Möglichkeit für Städte, eine City-Maut einzuführen, zu treffen, und wenn eine solche Regelung nicht geplant ist, warum nicht?
29. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Züge dürfen unter Berücksichtigung von Brandschutzbestimmungen und technischen Anforderungen gleichzeitig pro Röhre im 9,5 Kilometer langen Fildertunnel von Stuttgart 21 (Planfeststellungsabschnitt 1.2 zwischen Hauptbahnhof und Fasanenhof/A 8) fahren, und wie viele Züge können pro Stunde eine Tunnelröhre nutzen?
30. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Kritik des Bundesrechnungshofs bezüglich Stuttgart 21 („Scheuer gerät wegen Stuttgart-21-Risiken unter Druck“; siehe FAZ vom 17. September 2019), und wie kann man sich das Kostenmanagement bei Stuttgart 21 konkret vorstellen (Häufigkeit der Kostenaktualisierung, Berichterstattung in Vorstand und Aufsichtsrat usw.)?
31. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidung der Deutschen Bahn AG, den Online-Support für die DB-Navigator-App auf iPad einzustellen (<https://community.bahn.de/questions/2019854-ipad-app-abgeschaltet>)?
32. Abgeordneter  
**Klaus-Peter Willsch**  
(CDU/CSU)
- Würde die Bundesregierung eine Teilnahme Taiwans an der Tagung der ICAO – Internationale Zivilluftfahrtorganisation – begrüßen?
33. Abgeordneter  
**Matthias W. Birkwald**  
(DIE LINKE.)
- War den Vertretern der Bundesregierung und der Bundesliegenschaftsverwaltung bei der Zustimmung zu dem in der Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/13176 zitierten Beschluss der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH vom 28. Juni 2019, die Verluste der Bodenverkehrsdienste „schnellstmöglich zu reduzieren und spätestens im Jahr 2030 zu beenden“, bewusst, dass dieser Beschluss von der Geschäftsführung als Zustimmung zu einer möglichen Ausgründung der Bo-

denverkehrsdienste am Flughafen Köln/Bonn in eine nicht an die Tarife des öffentlichen Dienstes gebundene Tochtergesellschaft gedeutet werden könnte, welche dann nach ver.di-Angaben (vgl. ver.di: Am Flughafen Köln/Bonn drohen Lohnsenkungen, General-Anzeiger vom 19. Juli 2019) für einen großen Teil der rund 700 Beschäftigten zu erheblichen Einkommensverlusten führen würde, und wie begründet sie ihre Haltung?

34. Abgeordneter  
**Matthias W.  
Birkwald**  
(DIE LINKE.)

Welchen Einfluss hat nach Auffassung der Bundesregierung der Preisdruck der Billigfluganbieter auf die Verluste der Bodenverkehrsdienste der Flughafen Köln/Bonn GmbH, und wie bewertet sie die Signalwirkung einer möglichen Ausgründung der Bodenverkehrsdienste in eine nicht tarifgebundene Tochtergesellschaft, mit welcher diesem Preisdruck durch eine Absenkung der Einkommen der rund 700 Beschäftigten nachgegeben werden würde, vor dem Hintergrund der umweltpolitischen gesellschaftlichen Debatte um die politische Durchsetzung angemessener Flugpreise auch bei diesen Billiganbietern?

35. Abgeordnete  
**Filiz Polat**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die inzwischen eingestellte Suche nach havarierten Containern und Containerteilen der MSC Zoe hinsichtlich der eingesetzten Technik, und wie rechtfertigt die Bundesregierung die Einstellung der Suche, insbesondere, da ein Container mit Gefahrgut immer noch nicht gefunden und geborgen wurde und auf niederländischer Seite weitergesucht wird ([www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg\\_ostfriesland/Havarie-MS-C-Zoe-Container-Suche-eingestellt,container928.html](http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Havarie-MS-C-Zoe-Container-Suche-eingestellt,container928.html))?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**

36. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen hinsichtlich regierungsin-  
ternen Austauschs von Erkenntnissen zu einem  
möglichen Brand- oder Explosionsereignis in der  
russischen Atomanlage Majak haben Bundes-  
kanzleramt, Bundesministerium der Verteidigung  
und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit aus den betreffenden neu-  
en Hinweisen aus der Fachveröffentlichung „Air-  
borne concentrations and chemical considerations  
of radioactive ruthenium from an undeclared ma-  
jor nuclear release in 2017“ vom 20. August 2019

([www.pnas.org/content/pnas/116/34/16750.full.pdf](http://www.pnas.org/content/pnas/116/34/16750.full.pdf)) gezogen bzw. geplant (vgl. Bericht „Die Wolke aus der Atomfabrik“ der Frankfurter Allgemeinen SONNTAGSZEITUNG vom 28. Juli 2019 und Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 160 auf Bundestagsdrucksache 19/12234), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den o. g. betreffenden neuen Hinweisen auf ein mögliches Brand- oder Explosionsereignis in Majak für Schritte mit Außenwirkung zwecks weiterer Aufklärung des Ruthenium-Atomunfalls von Ende September 2017?

37. Abgeordnete  
**Dr. Julia Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Empfehlungen für politische Instrumente für den Gebäudesektor enthalten die von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Studien (wie in den Antworten auf den Bundestagsdrucksachen 19/8832 und 19/9120 auf Kleine Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgelistet), und welche Empfehlungen plant die Bundesregierung nicht umzusetzen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

38. Abgeordnete  
**Eva-Maria Schreiber**  
(DIE LINKE.)
- Wie wird sich die Bundesregierung angesichts der laut Ärzte ohne Grenzen aufgezeigten Mängel in CEPIs Access Policy (siehe [https://msfaccess.org/sites/default/files/2019-08/MSF\\_Brief\\_CEPI-Access-Policy\\_2019.pdf](https://msfaccess.org/sites/default/files/2019-08/MSF_Brief_CEPI-Access-Policy_2019.pdf)) dafür einsetzen, dass zweifelsfrei sichergestellt wird, dass die von der CEPI entwickelten Impfstoffe für alle Menschen weltweit bezahlbar und zugänglich sind, wenn diese Bezahlbarkeit nirgendwo festgeschrieben ist, die Forschungspartner alle Daten, Materialien und geistiges Eigentum behalten dürfen und die sogenannten Step-in rights mangelnde Bezahlbarkeit gar nicht als Auslöser haben ?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

39. Abgeordnete  
**Eva-Maria  
Schreiber**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern geht es bei den zwischen Feronia und der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG, die ein Konsortium mehrerer europäischer Entwicklungsfinanzierer leitet, die einem Subunternehmen von Feronia, Plantations et Huileries du Congo (PHC), seit 2015 ein Darlehen von insgesamt 49 Mio. US-Dollar zur Verfügung gestellt hatte ([www.deginvest.de/DEG-Documents-in-English/About-DEG/Responsibility/Investment-related-information/201512\\_Feronia\\_EN.pdf](http://www.deginvest.de/DEG-Documents-in-English/About-DEG/Responsibility/Investment-related-information/201512_Feronia_EN.pdf)), stattfindenden Gesprächen, die derzeit aufgrund des Zahlungsverzugs von Feronia/PHC bei der Rückzahlung des Darlehens geführt werden (<http://gleft.de/3aO>), nach Informationen der Bundesregierung auch darum, die zunehmend eskalierende Gewalt an den Plantagenstandorten von PHC, in die auch Sicherheitskräfte des Palmölunternehmens involviert sind und die laut Medienberichten insbesondere auf die Einschüchterung lokaler Gemeindeautoritäten und Mitglieder des lokalen NGO-Netzwerkes RIAO abzielen ([www.farmlandgrab.org/post/view/29157](http://www.farmlandgrab.org/post/view/29157) und [www.sueddeutsche.de/wirtschaft/entwicklungshilfe-blutiger-streit-um-landrechte-1.4560465](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/entwicklungshilfe-blutiger-streit-um-landrechte-1.4560465)), umgehend zu beenden, und wann ist für die Bundesregierung der Punkt erreicht, an dem sie sich selbst aktiv in die Lösung des Konflikts zwischen dem Investor Feronia/PHC und den lokalen Gemeinden einbringen wird, der die DEG-Finanzierung seit Beginn begleitet ([www.grain.org/en/article/5805-feronia-in-the-democratic-republic-of-the-congo-harassment-violence-and-oppression](http://www.grain.org/en/article/5805-feronia-in-the-democratic-republic-of-the-congo-harassment-violence-and-oppression)) und der in meinen Augen zu einer zunehmenden Belastung für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird?
40. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf Grundlage welcher empirischen Studien geht die Bundesregierung davon aus, dass Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) einen entwicklungspolitischen wie wirtschaftlichen Mehrwert liefern ([www.bmz.de/de/service/glossar/P/privatwirtschaft.html](http://www.bmz.de/de/service/glossar/P/privatwirtschaft.html)), und in welchem finanziellen Umfang unterstützt die Bundesregierung ÖPP im Rahmen der bi- sowie multilateralen EZ?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

41. Abgeordneter  
**Stefan Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Zeitplan der Bundesregierung zum Entwurf eines Gesetzes zur Deckelung der Abschlussprovisionen von Lebensversicherungen und von Restschuldversicherungen, und wie ist der Zeitplan zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Rechts des Pfändungsschutzkontos und zur Änderung von Vorschriften des Pfändungsschutzes?
42. Abgeordneter  
**Dr. Gero Clemens Hocker**  
(FDP)
- Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass die FDP-Fraktion vor einem Jahr einen Antrag zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit für Organisationen, die zum Gesetzesbruch aufrufen, wie es PETA Deutschland nach meiner Auffassung jüngst etwa durch einen Aufruf zur Entwendung von durch Angler gefangenen Fischen getan hat ([www.peta.de/tipps-gegen-angler](http://www.peta.de/tipps-gegen-angler)), eingebracht hat („Straftaten und Gemeinnützigkeit schließen sich aus“, Bundestagsdrucksache 19/2580), eine entsprechende Initiative zur Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts, und wenn ja, wann ist damit zu rechnen<sup>2</sup>?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat**

43. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund werden die beim Bundesverwaltungsamt eingehenden und in dem vom Bundesverwaltungsamt „Ausländervereinsregister“ bezeichneten Aktenbestand gesammelten Informationen zu kurdischen Vereinen und ihren Mitgliedern an das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie an das Bundeskriminalamt weitergeleitet, ohne dass hierfür ein besonderer Anlass besteht (vgl. Bundestagsdrucksache 19/12101 vom 01. August 2019), und auf wessen Weisung (bitte Quelle angeben) erfolgt diese aus meiner Sicht diskriminierende Praxis?
44. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das Vereinsgesetz Bekämpfungsansätze gegen die sogenannte Clankriminalität bietet, wie sie im Abstract des Vortrages „Clankriminalität – Bekämpfungsansätze nach dem VereinsG“

<sup>2</sup> Siehe hierzu auch Frage 18

für das Forum KI 2019 des Bundeskriminalamtes am 25. Juni 2019 in Budenheim zum Ausdruck kommt ([www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/ForumKI/ForumKI2019/kiforum2019AlbrechtAbstract.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/ForumKI/ForumKI2019/kiforum2019AlbrechtAbstract.pdf?__blob=publicationFile&v=3)), und welche aktuellen Überlegungen bestehen seitens der Bundesregierung, sogenannte Clans auf Grundlage des Vereinsgesetzes zu verbieten?

45. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann beschließt die Bundesregierung, „das Baukindergeld innerhalb des bestehenden Kostenrahmens auch für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen zu öffnen – soweit sie zur Selbstnutzung einer Genossenschaftswohnung erforderlich sind“ (aus „Dritter Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2016“ Bundestagsdrucksache 19/7762 vom 13. Februar 2019), und wenn kein Beschluss erfolgt, warum nicht?
46. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)
- Mit wie vielen legal erstandenen bzw. im legalen Besitz der jeweiligen Person befindlichen Schusswaffen (bitte um prozentuale und absolute Angabe an der Anzahl von legalen Schusswaffen insgesamt) wurden in den Jahren seit 2017 pro Jahr Straftaten in welchem Bereich (Tötungsdelikte, Körperverletzungsdelikte, Raub/Diebstahl) begangen?
47. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)
- Welche humanitären Gründe nach Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 lagen konkret vor, um die 186 sog. Bootsflüchtlinge (Stand 10. Juli 2019, vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 20 auf Bundestagsdrucksache 19/11757) aufzunehmen (ich bitte um Kategorisierung in die zehn häufigsten Gründe)?
48. Abgeordneter  
**Gökay Akbulut**  
(DIE LINKE.)
- Wie schätzt die Regierung die Pläne des Präsidenten der Türkischen Republik, Recep Tayyip Erdoğan, ein, in einer bewachten „Sicherheitszone“ an der türkisch-syrischen Grenze auf syrischem Boden mindestens eine Million Geflüchtete anzusiedeln (vgl. [www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/fluechtlingspakt-syrien-tuerkei-sicherheitszone-eu-usa-trauma-kriegsgebiet](http://www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/fluechtlingspakt-syrien-tuerkei-sicherheitszone-eu-usa-trauma-kriegsgebiet)), vor dem Hintergrund der Äußerungen des Bundesinnenministers während einer Pressekonferenz am 19. September 2019 im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, in der der Bundesinnenminister Horst Seehofer mitgeteilt hat, dass er im Oktober dieses Jahres u.a. nach Griechenland und in die Türkei reisen wird, um über die bestehenden He-

rausforderungen bei der Migrationspolitik zu sprechen, und steht bei dem Türkei-Besuch auch die „Sicherheitszone“ auf der Tagesordnung?

49. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(DIE LINKE.)

Welche konkreten Maßnahmen beinhaltet der Maßnahmenkatalog der Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, die wie Bundesinnenminister Horst Seehofer während einer Pressekonferenz am 19. September 2019 im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat mitgeteilt hat, ihn auf seiner Dienstreise nach Griechenland im Oktober 2019 begleiten werden, der eine Unterstützung im Bereich Administration, aber auch das „Winterfestmachen“ der EU-Hotspots beinhalten soll, und wie konkret sollen diese Maßnahmen umgesetzt werden (vgl. [www.eu-info.de/dpa-europaticker/299067.html](http://www.eu-info.de/dpa-europaticker/299067.html))?

50. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)

Inwieweit wird das Bundesinnenministerium im Rahmen seiner besonderen Fürsorgepflicht als Dienstherr gegenüber der ehemaligen Leiterin der BAMF-Außenstelle in Bremen die Bremer Staatsanwaltschaft und das zuständige Landgericht darüber informieren, dass es bei Wiederaufgreifensanträgen keine gesetzlich vorgesehene örtliche Zuständigkeit einer bestimmten Außenstelle für die Bearbeitung und für eine aktuelle Entscheidung in solchen Fällen grundsätzlich keine Bindungswirkung einer vorherigen Entscheidung gibt (so die Bundesregierung in ihren Antworten zu den Fragen 28a und 28b auf Bundestagsdrucksache 19/4427), nachdem die Bremer Staatsanwaltschaft der ehemaligen Leiterin unter anderem vorwirft, sie habe sich über Gerichtsbeschlüsse und bestandskräftige Entscheidungen anderer BAMF-Außenstellen bewusst hinweggesetzt (vgl. Pressemitteilung 7/2019 der Staatsanwaltschaft Bremen vom 19. September 2019), was nach meiner Auffassung angesichts der genannten Antwort der Bundesregierung kein Rechtsbruch sein kann, und inwieweit wird das Bundesinnenministerium Strafanzeige gegen Verantwortliche in der Zentrale des BAMF stellen, die vergleichbar der Bremer Außenstelle und sogar mehr als doppelt so oft im Zeitraum von 2014 bis 2016 bei Wiederaufgreifensverfahren positive Entscheidungen getroffen hat (vgl. Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Stephan Mayer vom 17. Oktober 2018 an mich, Nachbeantwortung zu Frage 31 auf Bundestagsdrucksache 19/3880; bitte begründen und dabei darlegen, inwieweit in diesen Fällen ebenfalls Gerichtsbeschlüsse oder bestandskräftige Bescheide vorlagen)?

51. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung vor dem Hintergrund der Einstufung der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) als Verdachtsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ([www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2019-002-fachinformation-zu-teilorganisationen-der-partei-alternative-fuer-deutschland-afd](http://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2019-002-fachinformation-zu-teilorganisationen-der-partei-alternative-fuer-deutschland-afd)) deren neues Symbol (vgl. [https://twitter.com/Robert\\_Kiesel/status/1172581713609973765](https://twitter.com/Robert_Kiesel/status/1172581713609973765)) bekannt, das nach meiner Einschätzung dem Symbol der 1989 durch den damaligen Bundesinnenminister der verbotenen „Nationalen Sammlung“ nachempfunden, zum Verwechseln ähnlich ist und somit strafbar wäre, und wird die Bundesregierung gegen die Verwendung dieses Symbols vorgehen?

### Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

52. Abgeordnete  
**Filiz Polat**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der im Jahr 2019 insgesamt gestellten Visaanträge zur Arbeitsaufnahme nach § 18 des Aufenthaltsgesetzes i. V. m. § 26 Absatz 2 der Beschäftigungsverordnung von Staatsangehörigen der Westbalkanstaaten wurden positiv beschieden (bitte jeweils für die einzelnen Auslandsvertretungen aufschlüsseln und absolut und in Prozent darstellen), und wie lange sind aktuell die Wartezeiten im Visaverfahren für Staatsangehörige der Westbalkanstaaten zur Arbeitsaufnahme nach § 18 des Aufenthaltsgesetzes i. V. m. § 26 Absatz 2 der Beschäftigungsverordnung (bitte nach Auslandsvertretungen aufschlüsseln und absolut und in Prozent darstellen)?
53. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Wird sich die Bundesregierung im Rahmen der EU für eine WTO-Klage gegen die US-Blockade gegen Kuba mit extraterritorialer Sanktionswirkung auch auf europäische und deutsche Unternehmen einsetzen, und wie will die Bundesregierung bereits jetzt in Deutschland Unternehmen, Organisationen und Personen schützen, die aufgrund von Kuba-Verbindungen sanktioniert werden ([www.jungewelt.de/artikel/362514.kuba-eurat-us-sanktionen-anderer-ansatz.html](http://www.jungewelt.de/artikel/362514.kuba-eurat-us-sanktionen-anderer-ansatz.html))?
54. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Abkommen der venezolanischen Regierung mit Teilen der Opposition für einen nationalen Dialog vom 16. September 2019 ([www.vtv.gob.ve/instalada-mesa-dialogo-nacio](http://www.vtv.gob.ve/instalada-mesa-dialogo-nacio))

nal-final/), und wird die Bundesregierung dieses Abkommen für eine politische Lösung aktiv unterstützen und sich gegen weitere EU-Sanktionen in der EU-COLAC aussprechen?

55. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Verurteilt die Bundesregierung die erneute Ausweitung der US-Wirtschaftssanktionen gegen das staatliche venezolanische Nahrungsmittelprogramm CLAP, durch das offiziellen Angaben zufolge etwa sechs Millionen Haushalte subventionierte Nahrungsmittel erhalten („US imposes New Sanctions Targeting Venezuela’s Food Program“, venezuelanalysis. com, 18. September 2019), und unterstützt die Bundesregierung den in den jüngsten Verhandlungen zwischen der Regierung Venezuelas und moderaten Teilen der Opposition beinhalteten Vorschlag für ein Öl-für-Lebensmittel-Programm, durch das Einnahmen aus dem Erdölexport Venezuelas vorbei an den US-Sanktionen für den Import von Nahrungsmitteln und Medikamenten verwendet werden könnten („Estos son los 10 acuerdos del chavismo y cuatro partidos de oposición“, efectocucuyo. com, 16. September 2019)?

56. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Hat sich die Bundesregierung nicht nur konsularisch, sondern in besonderer Weise um die Freilassung des aufgrund eines INTERPOL-Fahndungsersuchens in Slowenien verhafteten und in Auslieferungshaft befindlichen deutschen Staatsangehörigen I. K. bemüht (vgl. „Duisburger in Haft: Wie die Türkei Interpol missbraucht“, www.waz.de vom 16. August 2019; etwa, indem das Auswärtige Amt oder das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz deutlich machten, dass eine Ungleichbehandlung und ein Diskriminierungsverbot nach Artikel 18 AEUV vorliegt, wenn I. K. als Asylbewerber nicht an die ihn verfolgende Türkei ausgeliefert werden konnte, er aus Sicht der slowenischen Justiz nach seiner Einbürgerung in Deutschland diesen Schutz aber verlieren soll), und wie hat sie gegenüber der slowenischen Regierung ausgedrückt, dass nach meiner Auffassung das aus der Türkei kommende Ersuchen zur Festnahme und Auslieferung politisch motiviert ist und damit nicht nur den Statuten von INTERPOL widerspricht (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4365), sondern auch dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen des Europarates von 1957, wonach das Ersuchen aus der Türkei zwingend abzulehnen ist, wenn die strafbare Handlung, deretwegen es begehrt wird, als eine politische Tat anzusehen ist (Artikel 3 Absatz 1 EurAuslÜbk) oder die Verfolgung auf politischen Anschauungen der Betroffenen beruht (Artikel 3 Absatz 2 EurAuslÜbk)?

57. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass die Türkei durch „Red Notice“-Einträge INTERPOL nicht wie im Fall des am 26. Juli 2019 bei seiner Rückkehr aus dem Familienurlaub in Kroatien an der kroatisch-slowenischen Grenze festgenommenen deutschen Staatsbürgers I. K. für die Verfolgung politischer Gegner weiter missbrauchen kann ([www.waz.de/staedte/duisburg/duisburger-in-haft-wie-die-tuerkei-interpol-missbraucht\\_id226795143.html](http://www.waz.de/staedte/duisburg/duisburger-in-haft-wie-die-tuerkei-interpol-missbraucht_id226795143.html)), und inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Verhaftung von I. K. nach der Festsetzung des Schriftstellers D. A. am 19. August 2017 in Spanien ([www.waz.de/nrw/krefeld/kultur/dogan-akhanli-verfolgt-verhaftet-und-gefoltert\\_aid-25325709](http://www.waz.de/nrw/krefeld/kultur/dogan-akhanli-verfolgt-verhaftet-und-gefoltert_aid-25325709)) ein weiteres Beispiel für die nach meiner Auffassung erfolgende Instrumentalisierung von INTERPOL und der unabhängigen Justiz in den EU-Mitgliedstaaten durch die türkische Regierung zur politischen Verfolgung vor dem Hintergrund, dass Betroffene nach meiner Kenntnis durch Auslieferungsverfahren über Wochen und Monate ihrer Freiheit beraubt und gesundheitlich beeinträchtigt werden und zudem eine abschreckende Wirkung auf Kritiker des türkischen Präsidenten bezüglich eigener politischer Aktivitäten erzielt werden kann?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

58. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird die Bundesregierung die Forderung eines breiten Bündnisses von 56 zivilgesellschaftlichen Organisationen unter anderem aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und dem Jemen nach einem umfassenden und zeitlich nicht befristeten Rüstungsexportverbot für alle Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition, solange diese am bewaffneten Konflikt beteiligt sind oder die Gefahr besteht, dass auch deutsche Rüstungsgüter zu Menschen- und Völkerrechtsverletzungen im Jemen beitragen, einschließlich der Abschaffung von bestehenden Ausnahmen für deutsche Komponentenslieferungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte und der Ausweitung des Verbots auf bereits erteilte Exportgenehmigungen umsetzen (dpa vom 18. September 2019), und inwieweit plant die Bundesregierung eine Ausweitung des Rüstungsexportstopps auf alle Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition, al-

so neben den Vereinigten Arabischen Emiraten auch auf weitere Staaten wie Ägypten, Senegal, Sudan, Jordanien, Bahrain, Kuwait?

59. Abgeordnete  
**Dr. Julia Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viel CO<sub>2</sub> denkt die Bundesregierung durch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung einzusparen, und welche weiteren Maßnahmen für den Klimaschutz will die Bundesregierung im Gebäudebereich bis 2030 umsetzen (bitte inklusive CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzial auflisten)?
60. Abgeordnete  
**Sylvia Kottling-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In jeweils insgesamt welcher Höhe gab/gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung nach jetzigem Stand je im Zeitraum der 18. sowie der 19. Wahlperiode sowohl projektbezogene als auch institutionelle Forschungsmittel des Bundes für die verschiedenen Forschungsbereiche mit Energiebezug (bitte Summen differenziert angeben nach Wahlperioden und den Bereichen Kernfusion, restliche Atomforschung, erneuerbare Energieerzeugung, Stromnetze, Stromspeicher, Sektorkopplung, Energieeffizienz, Wärme und Verkehr), und worauf lassen sich in diesen Kategorien die geplanten Ausgaben des 7. Energieforschungsprogramms des Bundes jeweils beziffern?
61. Abgeordneter  
**Dr. Dirk Spaniel**  
(AfD)
- Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung, um die Versorgungssicherheit und Emissionsreduktion zu gewährleisten, wenn durch die Elektrifizierung des Straßen- und Schienenverkehrs der Strombedarf ansteigt, während nahezu zeitgleich aus Kernkraft und Kohleverstromung ausgestiegen werden soll?
62. Abgeordnete  
**Katharina Dröge**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hat nach Einschätzung der Bundesregierung die Ablehnung des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens durch den EU-Unterausschuss im österreichischen Nationalrat für den weiteren Ratifizierungsprozess des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens, und wird die Bundesregierung das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen im Rat der EU ablehnen?
63. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Zeitplan der Bundesregierung für die Verabschiedung des Umsetzungsgesetzes für die EU-Verordnung über Konfliktmineralien, und wie kann die Bundesregierung im Rahmen des Umsetzungsgesetzes Transparenz garantieren, wenn die vorgesehenen Unternehmenslisten nicht öffentlich gemacht werden?

